

Teure Energie

Steigende Energiepreise erfordern Schutz für die Industrie

Der Europäische Rat blieb in seiner Sitzung am 22. Oktober ohne konkretes Ergebnis. Die WKÖ Bundessparte Industrie (BSI) fordert ein Schutzpaket, denn energieintensive Industriebetriebe brauchen rasche Entlastungsmaßnahmen.

Die Industrie erlebt gerade einen beispiellosen Preisschock für Gas und Strom. In einem nie zuvor gesehenen Ausmaß gestiegene Preise für Strom und Gas bedeuten für die Unternehmen enorme zusätzliche Kostenbelastungen: Die Steigerung des Erdgaspreises auf Werte bis zu 90 Euro pro Megawattstunde und der Anstieg des CO₂-Preises auf über 70 Euro pro Tonne im selben Zeitraum haben den Preisanstieg im Stromgroßhandel zuletzt auf Werte bis zu über 300 Euro pro Megawattstunde getrieben. Hauptgründe für die Preisrallyes an den Energiebörsen sind insbesondere die globalen Ungleichgewichte am Gasmarkt, die steigende Nachfrage nach Erdgas aufgrund der raschen wirtschaftlichen Erholung insbesondere in Asien, Rückgänge der europäischen Gasförderung, saisonale Faktoren, die auch die Produktion erneuerbarer Energien reduziert haben, niedrige Speicherfüllstände, hohe LNG-Importpreise, die Verringerung der Kernenergieproduktion und die gestiegenen CO₂-Kosten, die in Strompreisen weitergegeben werden. Die Staatschefs diskutierten in der Sitzung des Europäischen Rates am 21. Oktober das Thema intensiv, blieben aber konkrete Antworten schuldig.

Transformation und Wettbewerbsfähigkeit gefährdet

Energieintensive Unternehmen, die den Preisspitzen am stärksten ausgesetzt sind, mussten bereits mit der Einschränkung oder vorübergehenden Schließung von Anlagen reagieren. Anzeichen der Entspannung dieser kritischen Situation gibt es derzeit kaum. Die anhaltend hohen Preise an den Spotmärkten spiegeln sich auch in

den Futures für das erste Halbjahr 2022 wider, die um bis zu 160 Prozent über den Notierungen im Frühjahr 2021 liegen. Diese Kosten bedrohen die vollständige Erholung der Industrie nach der Pandemie. Darüber hinaus stellt der Zugang zu erschwinglichen CO₂-armen Energiequellen eine Schlüsselbedingung für eine wettbewerbsfähige Transformation energieintensiver Industrien am Pfad in Richtung Klimaneutralität dar. Daher drohen langwierig hohe und volatile Energiepreise mittelfristig auch dieses Ziel zu gefährden. Im Hinblick auf die Dekarbonisierung der Industrie in Richtung Klimaneutralität müssen ausreichende Mengen an erneuerbarem Strom und grünem Gas zu wettbewerbsfähigen Kosten verfügbar sein, und Produktionsanlagen umgebaut werden. Dies kann nur erfolgen, wenn die notwendigen Investitionskosten erwirtschaftet werden können und die Unternehmen nicht durch ungleichen internationalen Wettbewerb aus dem Markt gedrängt werden.

Neue Belastungen vermeiden

Die von der Europäischen Kommission Mitte Oktober vorgestellte Toolbox gibt einen Überblick über gezielte und befristete Maßnahmen, die kurzfristig zur Unterstützung von Haushalten und Industrie ergriffen werden können, wie etwa die Absenkung von Energiesteuern. Die Idee, die Belastungen über eine Reduktion der Abgaben auf Energie zu senken, ist gut. Wenn aber die Kommission an anderer Stelle den Rechtsrahmen noch enger zurrt und damit die Kosten für die Industrie erhöht, lässt sich die dramatische Lage nicht entschärfen. So führen etwa die Pläne für neue Beihilfeleitlinien für Umwelt, Klima und Energie und die neue Energiesteuerrichtlinie dazu, dass dringend nötige Entlastungen für die Industrie stark zurückgefahren werden und den Energiepreisschock noch verschlimmern. Mit solchen Belastungen kann die europäische Industrie nicht wettbewerbsfähig bleiben. Es ist klar, dass zusätzliche, dringende Maßnahmen nötig sind. Natürlich gibt es auch richtige Ansätze in der Kommissionsmitteilung. Der stärkere Ausbau der Erneuerbaren und Innovationssprünge in der Energieeffizienz können preisdämpfend wirken – allerdings nur langfristige.

EU-Instrumentarium ausschöpfen

Da die rasant gestiegenen Preise direkt auf die Kostenstruktur und Wettbewerbsfähigkeit der Industriebetriebe durchschlagen, sind rasche Entlastungsmaßnahmen dringend nötig. Dies gilt umso mehr, als höhere Produktionskosten im internationalen Standortwettbewerb kaum über die Produktpreise weitergegeben werden können. Die BSI fordert daher die europäischen und nationalen Behörden nachdrücklich auf, das volle Potenzial des EU-Instrumentariums in Form eines Schutzpakets für die Industrie auszuschöpfen. Um Ungleichgewichte auf dem Gasmarkt auszugleichen, sollte die EU ihre kommerziellen und diplomatischen Handlungsspielräume bei den großen internationalen Gaslieferanten in vollem Umfang nutzen. Darüber hinaus sind Ad-hoc-Vorschriften für staatliche Beihilfen erforderlich, damit die Mitgliedstaaten stärker als derzeit zulässig reagieren können. Gleichzeitig muss ein enger Überwachungsmechanismus der Strom- und Gasmärkte eingerichtet werden, um eine weitere Zuspitzung im kommenden Winter zu verhindern. Während die anhaltende Krise vor allem mit mehreren konjunkturellen Faktoren zusammenhängt, liefern deren Auswirkungen auch wichtige Hinweise für das Paket „Fit for 55“ und den Klima- und Energie-Rechtsrahmen: Plötzliche Erhöhungen des Kohlenstoffpreises im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems müssen vermieden werden, und ein wirksamer Schutz vor Carbon Leakage muss in der überarbeiteten Emissionshandels-Richtlinie sichergestellt werden; langfristige Stromabnahmeverträge von Unternehmen sollten gefördert werden, um den Zugang zu wettbewerbsfähigem CO₂-freiem Strom zu erschwinglicheren Preisen als auf Spotmärkten zu erleichtern. Weiters muss flexibles Abnahmeverhalten für die Vorteile bei der Netzstabilität angemessen belohnt werden; Die Wettbewerbspolitik, einschließlich der bevorstehenden Klima-, Energie- und Umweltleitlinien, muss einen unterstützenden Rechtsrahmen für den industriellen Wandel bieten. Möglichkeiten zur Entkopplung des Strom- und Gasmarktes sollten verstärkt gesucht werden.

Politik muss Handlungsspielräume nutzen

Energieintensive Branchen, wie etwa die Stahl-, Aluminium-, Zement-, chemische und Düngemittel- sowie die Papierindustrie haben bereits Alarm geschlagen. Um in Österreich sicher und wettbewerbsfähig produzieren zu können und Investitionen planen zu können, brauchen die Unternehmen Versorgungssicherheit mit Energie zu kompetitiven Kosten – und zwar 24/7. Ergänzend und kurzfristig zu Maßnahmen auf europäischer Ebene müssen daher auch nationale Handlungsspielräume zur Unterstützung der massiv betroffenen Betriebe genutzt werden. Solche Maßnahmen können etwa die Aussetzung des Ökostromförder-

beitrages, Entlastungen bei Netzentgelten für netzdienliches Verhalten nach dem Vorbild Deutschlands, temporäre Entlastung bei der Erdgas- und Elektrizitätsabgabe (z.B. Ausweitung der unterjährigen Vergütung) und die rasche, auch im Regierungsprogramm vorgesehene Umsetzung der Kompensation indirekter CO₂-Kosten gemäß Emissionshandels-Richtlinie zur Vermeidung von indirektem Carbon Leakage sein. Die legislativen und infrastrukturellen Voraussetzungen zum Markthochlauf von grünem Gas und Wasserstoff müssen unverzüglich geschaffen werden. Und schließlich darf auch die – befristete – Einführung eines Industrie-Strompreises kein Tabu sein. Darüber hinaus muss ein umfassender Belastungsstopp für die Industrie selbstverständlich sein. ●

Fazit

Die aktuelle Situation zeigt deutlich, wie wichtig der Ausbau erneuerbarer Energie und der entsprechenden Infrastruktur mittel- und langfristig ist – sie stellt aber auch die hohe Bedeutung der Versorgungssicherheit mit vorhandenen Energieträgern im europäischen und internationalen Verbund außer Frage, solange Alternativen nicht ausreichend vorhanden sind. Letztlich geht es aber nicht nur um kurzfristige Preissteigerungen, sondern um die mittel- bis langfristige Verfügbarkeit und Versorgungssicherheit mit leistbarer Energie als Voraussetzung für die Dekarbonisierung.

Weitere Infos: [EU-Mitteilung zu Energiepreisen – \(Link\)](#)



DI Oliver Dworak (WKÖ-BSI)

oliver.dworak@wko.at

